

24. 12. 93

VP - In

13 Seiten

Gesetzentwurf**der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Seeschifffahrt**

A. Zielsetzung

Am 24. August 1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit von der ehemaligen Sowjetunion. Die jetzige Unabhängigkeit, ihre geographische Lage am Schwarzen Meer sowie die im Vergleich zu anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zweithöchste Bevölkerungszahl von über 51 Millionen lassen ein umfangreiches Seeverkehrsaufkommen erwarten. Die Seehandelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine müssen daher durch vertragliche Regelungen auf eine neue sichere Grundlage gestellt werden. Es wird angestrebt, die uneingeschränkte Teilnahme der Seeschifffahrtsunternehmen beider Seiten am gegenseitigen Seeverkehr zu fördern. Gleichzeitig soll das Abkommen vor dem Hintergrund positiver veränderter politischer Rahmenbedingungen eine neue Etappe in den schiffahrtspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern einleiten.

B. Lösung

Das am 10. Juni 1993 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Es ist geprägt durch den Grundsatz der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils und bekräftigt das Streben beider Seiten, die bestehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Seeverkehrs zu erweitern und zu vertiefen. Das Vertragswerk regelt die Behandlung von Schifffahrtsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält

Fristablauf: 04. 02. 94

Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Eine Gemischte Seeschiffahrtskommission aus Vertretern beider Seiten, die auf Antrag einer Vertragspartei zusammentritt, soll die Durchführung des Abkommens gewährleisten.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschiffahrt – nicht aber deren Höhe – regelt; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

24. 12. 93

VP – In

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Seeschifffahrt**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (323) – 900/01 – De 20/93

Bonn, den 24. Dezember 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993 zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der
Ukraine über die Seeschifffahrt

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Kohl

Fristablauf: 04. 02. 94

899/93

**Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Seeschifffahrt**

Vom 1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kiew am 10. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 2 Satz 2 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe – regelt; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Seeschifffahrt**

**Угода
між Урядом Федеративної Республіки Німеччина
і Урядом України
про морське судноплавство**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und die Regierung der Ukraine –

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewähr-leisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschifffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministe-rium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Ukraine das Ministerium für Verkehr;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischerei-fahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13 und 14 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspar-tei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern. Sie wer-

Уряд Федеративної Республіки Німеччина
і Уряд України

pragnuchi забезпечити гармонійний розвиток відносин між федеративною Республікою Німеччина і Україною у галузі морського судноплавства, що мають базуватися на обопільній зацікавленості цих країн і свободі їх зовнішньої торгівлі, та якомога зміцнити міжнародне співробітництво в цій галузі,

у розумінні того, що двосторонній обмін товарами має супроводжуватися дієвим обміном послугами,

домовилися про таке:

Стаття 1

Визначення понять

У цій Угоді мається на увазі

1. під поняттям „компетентна установа морського транспорту“
 - a) у Федеративній Республіці Німеччина - Міністерство транспорту та підлегли йому установи,
 - b) в Україні - Міністерство транспорту;
2. під поняттям „судно Договірної Сторони“ кожне судно, яке плаває у відповідності до правових норм цієї Договірної Сторони під її прапором і занесене до реєстру військових та риболовецьких суден. З огляду на застосування статей 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13 і 14 під „судном Договірної Сторони“ мається на увазі також кожне судно під прапором третьої держави, яке використовується установою морського транспорту однієї з Договірних Сторін;
3. під поняттям „установа морського транспорту Договірної Сторони“ транспортне підприємство, котре використовує морські судна, має своє постійне розташування на території цієї Договірної Сторони і визнається у відповідності до її юридичних норм як „установа морського транспорту“;
4. під поняттям „член екіпажу“ капітан і будь-яка особа, котра виконує під час рейсу завдання або службу на борту судна і чье прізвище занесене до судової полі.

Стаття 2

Свобода руху

1. Договірні Сторони погоджуються сприяти розвитку морського судноплавства між обома своїми країнами. Вони

den sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, vor allem aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Praktische Einzelheiten, die sich aus der Durchführung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben, sind durch die am bilateralen Verkehr beteiligten Seeschiffsverkehrsunternehmen, die der betreffenden Linienkonferenz angehören, zu regeln.

(3) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffsverkehrsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsverkehrsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffsverkehrsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung und Nutzung von Agenturleistungen entsprechend den Gesetzen, die auf Seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

unterstützen sich gegenseitig, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

2. Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

3. Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Стаття 3

Міжнародні зобов'язання

1. Ця Угода не стосується зобов'язань, що випливають з інших міжнародних угод, укладених Договірними Сторонами, перед усім з Конвенції Об'єднаних Націй від 6 квітня 1974 року про кодекс поведінки у лінійних конференціях, і, зокрема, тих зобов'язань, що випливають для Федеративної Республіки Німеччина з її членства у Європейському Співтоваристві.

2. Практичні подробиці, що випливають з виконання Конвенції про кодекс поведінки у лінійних конференціях, мають регулюватися підприємствами морського транспорту, котрі беруть участь у двосторонніх перевезеннях, і належать до відповідних лінійних конференцій.

3. Обидві Договірні Сторони прагнуть ратифікувати відповідні міжнародні конвенції про безпеку суден, про соціальні умови моряків, про перевезення небезпечних вантажів та про захист морського навкілля.

Стаття 4

Уникнення дискримінації підприємства морського транспорту

Обидві Договірні Сторони не застосовуватимуть у міжнародному морському судноплавстві дискримінаційних дій будь-якого характеру, котрі зачіпали б інтереси морського судноплавства іншої Сторони або могли б зашкодити вільному вибору підприємства морського транспорту всупереч принципам вільної конкуренції.

Стаття 5

Регулювання у портах і територіальних водах

1. Кожна Договірна Сторона забезпечує суднам іншої Договірної Сторони у своїх портах, територіальних водах та інших підлеглих її юрисдикції водоймах на основі взаємності таке ж ставлення, як і до власних суден, що беруть участь у міжнародних перевезеннях, зокрема під час заходу до порту, перебування там і виходу з порту, у використанні портівих споруд для вантажних і пасажирських перевезень, а також у доступі до всіх послуг та інших існуючих закладів.

2. Згадана у пункті 1 взаємність розповсюджується також на право підприємства морського транспорту обох Договірних Сторін на доступ до здійснення та використання агентських послуг у відповідності до законів, чинних з боку кожної Договірної Сторони.

Artikel 6**Freier Transfer**

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden.

Artikel 7**Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschieffen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Meeresforschungsaktivitäten;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8**Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe der Seeschiffsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9**Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Стаття 6**Свобода перерахувань**

Кожна Договірна Сторона забезпечує підприємствам морського транспорту іншої Договірної Сторони право застосовувати доходи від послуг морського транспорту у територіальних водах першої Договірної Сторони для платежів, пов'язаних із судноплавством або перераховувати їх у вільно конвертованій валюті за кордон. Перераховування мають здійснюватися за офіційним обмінним курсом і у звичний термін.

Стаття 7**Галузі, виключені зі сфери застосування цієї Угоди**

Ця Угода не зачіпає чинних юридичних норм кожної із Договірних Сторін щодо:

- a) переважного права власного прапора для національного каботажного судноплавства, рятувальної, буксирної, лоцманської та інших служб, котрі передбачені для її власних підприємств морського транспорту чи інших або громадян; проте про прибережне судноплавство не йдеться, якщо судно однієї з договірних Сторін здійснює рейс поміж портами Договірної Сторони, щоб висадити пасажирів або вивантажити чи взяти на борт або перевезти вантаж чи пасажирів третьої країни;
- b) зобов'язання для суден брати на борт лоцмана;
- v) транспортних засобів, котрі виконують завдання державної служби;
- г) морських розвідувальних робіт;
- д) переважного права вимірювання морських глибин у територіальних водах.

Стаття 8**Дотримання юридичних норм іншої Договірної Сторони в її територіальних водах**

1. Судна кожної Договірної Сторони, а також їхні екіпажі, пасажирів та вантажі підпадають у територіальних водах іншої Договірної Сторони під дію чинних там юридичних норм.

2. Судна підприємств морського транспорту кожної із Договірних Сторін, перебуваючи у територіальних водах іншої Договірної Сторони, підпадають під дію чинних там законів і інших правових норм про захід у її територіальні води та вихід з них, а також про експлуатацію та керування суднами, що беруть участь у міжнародних перевезеннях.

3. Пасажирів, члени екіпажу та відправники вантажів мусять дотримуватися чинних у територіальних водах кожної із Договірних Сторін законів та інших юридичних норм щодо в'їзду, перебування, та виїзду пасажирів і екіпажів, а також ввіз та складування товарів, зокрема правил оформлення звільнення на берег, імміграції, митних, податкових та карантинних правил.

Стаття 9**Заходи з метою покращення морського судноплавства**

Договірні Сторони вживуть у межах своїх законів і правил портового розпорядку всіх необхідних заходів з метою покращення і розвитку морських перевезень, уникнення зайвих затримок стоянки суден та, за згодою, прискорення і спрощення митних та інших портових формальностей, а також покращення використання існуючих очисних устаткування.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen
und sonstigen Schiffspapieren**

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafenabgabe werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11**Reisedokumente für Besatzungsmitglieder**

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Ukraine der Personalausweis für Seeleute gemäß Artikel 4 des ILO-Übereinkommens 108.

Artikel 12**Einreise, Durchreise
und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafenorts aufzuhalten.

Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Ukraine ein befristeter Passierschein.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung,
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund; die betreffende Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(4) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(5) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland gelten-

Стаття 10**Взаємне визнання обмірних посвідчень
та інших суднових документів**

1. Виготовлені однією з Договірних Сторін визнані у відповідності до міжнародних конвенцій відповідні документи, що перебувають на борту судна цієї Договірної Сторони, визнаються також іншою Договірною Стороною.

2. Судна однієї з Договірних Сторін, що мають обмірні посвідчення, оформлені згідно правилам, звільняються від повторного обмірювання у портах іншої Договірної Сторони. Обчислення портових зборів відбувається на основі цих документів.

Стаття 11**Особисті посвідчення членів екіпажів**

1. Кожна з Договірних Сторін визнає виготовлені компетентними установами іншої Договірної Сторони особисті посвідчення і надає власникам цих документів права, передбачені в статті 12.

2. Особисті посвідчення для Федеративної Республіки Німеччина є закордонний паспорт або мореплавська книжка, для України – посвідчення особи моряка згідно статті 4 Конвенції МОП N 108.

Стаття 12**В'їзд, транзит
і перебування членів екіпажу**

1. Кожна Договірна Сторона дозволяє членам екіпажу судна іншої Договірної Сторони, котрі є власниками вказаних у статті 11 особистих посвідчень, сходити на берег протягом стоянки у порту іншої Договірної Сторони без оформлення дозволу на перебування (візи) у відповідності до чинних в Україні перебування законів та інших відповідних правил та перебувати в районі портового міста.

У таких випадках необхідні:

- у Федеративній Республіці Німеччина – посвідчення про звільнення на беріг,
- в Україні – тимчасова перепустка.

2. Кожен член екіпажу, маючи вказані у статті 11 особисті посвідчення, має право після одержання дозволу (візи) на перебування пересікати територію іншої Договірної Сторони у випадках:

- з метою повернення додому;
- переїзду на інше судно або прямування на своє судно;
- а також з іншою метою, визаною за поважну компетентними установами іншої Договірної Сторони. Відповідний дозвіл на перебування (віза) має бути виданий у якомога короткий термін.

3. Компетентні установи Договірних Сторін дають дозвіл на перебування, необхідне для стаціонарного лікування членові екіпажу, доставленого до лікарні на території однієї з Договірних Сторін.

4. Обидві Договірні Сторони зберігають за собою право забороняти в'їзд на свою територію персонам нон грата, навіть якщо ці особи мають вказані у статті 11 особисті посвідчення.

5. Службовці дипломатичних місій та консульських представництв однієї Договірної Сторони, а також капітан і члени екіпажу судна цієї Договірної Сторони мають право, дотримуючись чинних у державі перебування відповідних

den einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(6) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischte Seeschiffahrtskommission und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird eine Gemischte Seeschiffahrtskommission gebildet, die aus den zuständigen Seeschiffahrtsbehörden der Vertragsparteien sowie aus Vertretern der einschlägigen Wirtschaftskreise und Experten besteht.

(2) Diese Kommission behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine;
- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind, und insbesondere im Zusammenhang mit den Tätigkeiten, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die Gemischte Seeschiffahrtskommission tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behand-

lung der anderen Vertragspartei zu berücksichtigen und sich gegenseitig zu unterstützen.

6. Вищезазначені положення не порушують правила Договірних Сторін щодо в'їзду, перебування та виїзду іноземців.

Стаття 13

Пригоди на морі

1. Якщо судно однієї Договірної Сторони зазнає в територіальних водах іншої Договірної Сторони корабельної аварії або пошкодження, сяде на мілину або потрапить якимсь чином у біду на морі, то установи цієї іншої Договірної Сторони забезпечать капітанові, членам екіпажу, пасажирів, а також самому судну і вантажу такий же захист і допомогу, як і суднам під власним прапором. Вказані в 1-му реченні пригоди розслідуватимуться установами Договірної Сторони, названими одна одній, якщо існує громадська зацікавленість, але в усякому разі у тому випадку, якщо під час такої пригоди транспортний засіб затонув або був покинутий напризволяще чи хтось загинув. Наслідки розслідування за змогою будуть повідомлені названими установами іншої Договірної Сторони якнайшвидше.

2. Договірні Сторони не вимагатимуть у разі пригоди на морі або аварії судна оплати ввізного мита, податків або будь-яких інших відрахувань, яким підлягають вантаж, оснащення, матеріали, запаси та інші суднові приладдя, якщо ці предмети не використовуватимуться і не витрачатимуться на території іншої Договірної Сторони.

3. Розділ 2 не виключає застосування законів та інших правових норм Договірних Сторін стосовно тимчасового складування товарів.

Стаття 14

Змішана комісія з морського судноплавства і консультації

1. З метою забезпечення ефективної реалізації цієї Угоди буде утворено Змішану комісію з морського судноплавства, яка складатиметься з представників компетентних установ морського транспорту Договірних Сторін, представників відповідальних ділових кіл та експертів.

2. Ця комісія розглядатиме питання, що становлять обопільний інтерес, зокрема питання, пов'язані з

- сприянням співробітництву в галузі морського транспорту між Федеративною Республікою Німеччина і Україною;
- діяльністю підприємств морського транспорту і суден Договірних Сторін, задіяних у морському сполученні між Договірними Сторонами, зокрема у зв'язку з діяльністю, котра впливає із застосування Конвенції про кодекс поведінки на лінійних конференціях;
- дотриманням усіх умов правильного виконання морських перевезень підприємствами морського транспорту кожної Договірної Сторони;
- двосторонніми консультаціями підприємств і установ морського транспорту обох Договірних Сторін;
- лагідним влаштуванням суперечок аж до тих, що стосуються тлумачення цієї Угоди.

3. Змішана комісія з морського судноплавства збирається на вимогу однієї з Договірних Сторін не пізніше трьох місяців від дня подання заяви.

4. Обидві Договірні Сторони зобов'язуються дотримуватися принципів взаємної вигоди та

lung der Seeschiffsverkehrsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

недискримінаційного ставлення до підприємств морського транспорту і суден обох Договірних Сторін.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschifffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen, wie beim Aufbau einer Klassifikationsgesellschaft in der Ukraine zu suchen und zu entwickeln.

Стаття 15

Технічне співробітництво

Обидві Договірні Сторони заохочуватимуть пароплавства та установи обох країн, причетні до судноплавства, шукати і розвивати всі можливі форми співпраці, зокрема в підготовці кадрів і вирішенні технічних питань, таких як створення Класифікаційної спілки в Україні.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Стаття 16

Набуття чинності Угоди

Ця Угода набуває чинності у той день, коли Договірні Сторони обмінюються нотами про те, що виконано всі внутрідержавні передумови, необхідні для набуття чинності цієї Угоди. Днем набуття чинності вважатиметься день надходження останньої ноти.

Artikel 17

Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Стаття 17

Строк дії та розірвання Угоди

1. Ця Угода укладається на необмежений строк.

2. Ця Угода може бути розірвана кожною Стороною з додержанням шестимісячного терміну попередження шляхом нотифікації.

Geschehen zu Kiew am 10. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Укладено у м. Києві 10 червня 1993 р. у двох примірниках, кожен німецькою і українською мовами, причому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

За Уряд федеративної Республіки Німеччина

Matthias Wissmann

Trumpf

Für die Regierung der Ukraine

За Уряд України

O. D. Klimpusch

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über die Seeschifffahrt ist am 10. Juni 1993 in Kiew unterzeichnet worden. Der Vertrag beruht auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländerbehandlung für die Benutzung der Häfen. Er regelt die Behandlung von Schiffsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Des weiteren regelt er technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Eine Gemischte Seeschifffahrtskommission aus Vertretern beider Staaten soll die Durchführung des Abkommens überwachen und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schifffahrt behandeln.

Das Abkommen wird impulsgebend für die Zusammenarbeit im Bereich der Seeschifffahrt sein. Im Lichte der jüngsten Entwicklungen werden die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine große Bedeutung erlangen, zumal das rohstoffreiche und verhältnismäßig hochindustrialisierte Land gute Chancen für eine positive ökonomische Entwicklung hat.

B. Besonderes

Artikel 1

Artikel 1 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „zuständige Seeschifffahrtsbehörde“, „Schiff einer Vertragspartei“, „Seeschifffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ und „Besatzungsmitglied“.

Artikel 2

Artikel 2 Abs. 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern und sich jeglicher Handlungen, die ihrer normalen Entwicklung abträglich sind, zu enthalten.

Absatz 2 räumt den Seeschiffen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 3 berechtigt Seeschifffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter Flagge eines Drittstaates, sich an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren zu beteiligen. Dabei erhalten Schiffe, die von Seeschifffahrtsunternehmen der Vertragsparteien gechartert sind, dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Artikel 3 Abs. 1 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften nicht berührt. Dies gilt insbesondere für Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft.

Absatz 2 verdeutlicht das Bestreben beider Vertragsparteien, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über

Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Artikel 4 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen zu unterlassen, die die Seeschifffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen oder die freie Auswahl der Seeschifffahrtsunternehmen entgegen dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beeinträchtigen.

Artikel 5

Artikel 5 Absatz 1 räumt den Schiffen die Inländerbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Absatz 2 dehnt das Prinzip der Gegenseitigkeit aus auf das Recht der Seeschifffahrtsunternehmen, im Hoheitsgebiet des Vertragspartners Agenturtätigkeiten auszuüben.

Artikel 6

Artikel 6 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Artikel 7

Artikel 7 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind.

Artikel 8

Absatz 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder und Fahrgäste während ihres Aufenthaltes in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägige Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben. Dies gilt auch für die Ladung.

Absatz 2 stellt klar, daß die Schiffe von Seeschifffahrtsunternehmen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen in oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe unterliegen.

Absatz 3 verdeutlicht, daß Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze oder sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Artikel 9

Artikel 9 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung zu vermeiden, um so die Beförderungen auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Artikel 10

Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 regeln die gegenseitige Anerkennung der Schiffspapiere sowie des Schiffsmeßbriefes. Bei Vorliegen des amtlich ausgestellten Meßbriefes

sind die Schiffe von der Nachvermessung im Partnerstaat befreit. Absatz 2 Satz 2 bestimmt, daß bei der Berechnung der Hafengebühren, die in dem Schiffsmeßbrief enthaltenen Angaben zugrunde zu legen sind.

Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokuments sind, die in Artikel 12 aufgeführten Rechte zu.

Absatz 2 definiert den Begriff Reisedokumente.

Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 und Abs. 2 regeln die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffswechsel und für die Heimreise der Seeleute.

Absatz 3 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthaltes im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 4 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Nach Absatz 5 sind die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei berechtigt, mit dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern der Schiffe ihres Staates Kontakt aufzunehmen.

Absatz 6 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 1 bis 5 die Regelungen des Ausländerrechts ansonsten unberührt bleiben.

Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zur Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei auf ihrem Hoheits-

gebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten und regelt die Untersuchungsmaxime. Ferner enthält er Bestimmungen über die fiskalische Behandlung der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Artikel 14

Absatz 1 regelt die Bildung einer Gemischten Seeschiffahrtskommission.

Nach Absatz 2 wird der von dem Ausschuß zu behandelnde Themenkreis umrissen.

Absatz 3 regelt die Modalitäten für das Zusammentreten der Gemischten Seeschiffahrtskommission.

In Absatz 4 verpflichten sich die Vertragsparteien, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der Nichtdiskriminierung hinsichtlich der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe zu beachten.

Artikel 15

In Artikel 15 werden die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder durch die Vertragsparteien aufgefordert, alle möglichen fachlichen Beziehungen zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Artikel 16 regelt den Termin des Inkrafttretens des Abkommens.

Artikel 17

Absatz 1 legt die Gültigkeit des Abkommens auf unbestimmte Zeit fest.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung des Abkommens und das darauffolgende Außerkrafttreten vor.

04.02.94

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über die Seeschifffahrt

Der Bundesrat hat in seiner 665. Sitzung am 4. Februar 1994 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.